

Postulat SP-GRÜNE-GLP-Fraktion:**«Digitale Souveränität – Wege und Strategien für den Kanton St.Gallen**

Die Debatte über die Abhängigkeit der Schweizer Behörden von ausländischen Tech-Unternehmen hat sich in den letzten Monaten intensiviert. Angetrieben durch Entwicklungen in der US-Politik, Gesetzgebungen zum vereinfachten grenzüberschreitenden Datenzugriff und den Missbrauch von Microsoft als Druckmittel gegenüber dem internationalen Strafgerichtshof wird die Frage nach der digitalen Unabhängigkeit immer lauter gestellt. Digitale Souveränität bedeutet dabei – in der Definition des Bundesrates –, als Staat über die erforderliche Kontroll- und Handlungsfähigkeit im digitalen Raum zu verfügen, um die Erfüllung staatlicher Aufgaben sicherzustellen.¹

Der Kanton St.Gallen hat den Gang in die Cloud vor wenigen Jahren vollzogen. Sollten anfänglich hochsensible Daten davon ausgenommen bleiben, wurde später aus Praktikabilitätsgründen auf eine umfassende Nutzung gesetzt. Da mit Microsoft Office 365 nicht nur cloud-basierte Speicher-, sondern auch Softwarelösungen einhergehen, ist eine umfassende Verschlüsselung nicht möglich. Mit anderen Worten: Die Daten des Kantons und seiner Bürgerinnen und Bürger liegen dem Tech-Unternehmen mitunter im Klartext vor. Dass damit bei den aktuellen geopolitischen Entwicklungen Risiken einhergehen, kann nicht geleugnet werden, wenn auch über dessen Höhe Uneinigkeit besteht. Das Grundproblem besteht indes nicht nur bei Microsoft. In vielen Bereichen sind die Behörden von ausländischen Unternehmen abhängig. Eine Stärkung der Unabhängigkeit ist aus sicherheitspolitischen Überlegungen zweifellos ein erstrebenswertes Ziel. Die Regierung hat denn auch die «Förderung der digitalen Souveränität» in ihre Schwerpunktplanung aufgenommen. Was damit gemeint ist, ist heute noch nicht klar. Wie weit die Bereitschaft geht, digital unabhängiger zu sein, ist politisch zudem noch nicht ausgehandelt. Die Diskussion möglicher Wege und Initiativen wird allerdings dringender. Die Ausarbeitung einer Strategie durch Regierung und Kantonsrat drängt sich auf.

Die Forderung nach digitaler Souveränität ist allerdings nicht nur als Antwort auf Risiken zu verstehen. Vielmehr stellen Investitionen in inländische Technologie auch eine Chance dar. Der Kanton investiert viel in die Wirtschafts- und Standortförderung. Er legt dabei ein besonderes Augenmerk auf die Start-up-Industrie. Digitale Souveränität ist hier mitzudenken. Wird der Kanton St.Gallen ein attraktiver Hub für zukunftssträchtige junge Unternehmen, werden also auch technische Lösungen hier verantwortet, stärkt das unsere Souveränität – und umgekehrt. Eine Strategie für einen digital souveränen Kanton St.Gallen ist folglich breit zu denken.

Die Regierung wird eingeladen, Bericht zu erstatten, wie Kanton, Gemeinden und Institutionen ihre digitale Souveränität stärken können. Dabei sind mindestens (1) die Risiken zu analysieren, welche sich bei der aktuellen IT-Infrastruktur mit Blick auf die geopolitischen Entwicklungen ergeben, (2) Wege aufzuzeigen, wie die digitale Souveränität kurz-, mittel- und langfristig gestärkt werden kann, und (3) Potenziale und Initiativen zu identifizieren, wie die Stärkung der digitalen Souveränität als Investition in den Wirtschaftsstandort St.Gallen begriffen werden kann.»

2. März 2026

SP-GRÜNE-GLP-Fraktion

¹ Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.4411 Z'graggen, 14. Dezember 2022, S. 6.